Nr. 600. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 23. Dezember 1897.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Aus dem Reiche.

Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein ist ganz wieder hergestellt, doch hat er sich nach der „Post" noch Schonung aufzuerlegen. — Die Münchener „Allgemeine Zeitung" meldet: Eine Deputation der philosophischen Fakultät der Universität überreichte auf Grund eines Fakultätsbeschlusses der **Prinzessin Therese** das Diplom als Dr. phil. honoris causa. — Der **Oberpräsident Dr. von Bennigsen** ist bis zum 27. d. M. beurlaubt. Nach Uebergabe der Geschäfte an seinen Nachfolger wird, dem „Hann. Kourier" zufolge, Herr von Bennigsen auf seinem Gute Wohnung nehmen; der Umzug dahin wird bereits bewirkt. — Der **Oberstaatsanwalt Wachler** bei der Oberstaatsanwaltschaft des Kammergerichts und der **Senatspräsident Groschuff** bei dem Straffenat des Kammergerichts sind zu Geheimen Oberjustizräthen ernannt worden. — Von der Frau **Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen** als Vorsitzenden des schlesischen Provinzial-Verbandes der Vaterländischen Frauen-Vereine sind aus dem ihr zur Verfügung stehenden Unterstützungsfonds 6000 Mark für die Abgebrannten auf dem Breslauer Christmarkt bewilligt worden. — Auch in einer in Bochum abgehaltenen Versammlung von Landwirthen ist über das Verbot der **Einfuhr von holländischem Rindvieh** lebhaft Klage geführt worden. Die Schädigungen, die einem großen Theil der Landwirthschaft durch dieses Verbot erwachsen, wurden als ganz bedeutende bezeichnet. Es wurde beschlossen, eine Denkschrift auszuarbeiten, die dem Landwirthschaftsminister überreicht werden soll. In der Denkschrift soll der Minister ersucht werden, die Einfuhr von holländischem Rindvieh unter denselben Bedingungen und Vorsichtsmaßregeln zu gestatten, wie sie für die Einfuhr von dänischem Vieh vorgeschrieben sind. Man beabsichtigt, auch die anderen Kreise, die unter der holländischen Sperre leiden, für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. — Das Kriegsministerium bezeichnete den Kaufpreis, den die Stadt Mainz für das Gelände im Fall der **Niederlegung der Festungswerke** geboten hat, als zu niedrig. Die Eingemeindung von Kastel ist damit fraglich geworden. — Wie aus Darmstadt gemeldet wird, haben der Abgeordnete Dr. Schmitt und Gen. kürzlich in der zweiten Kammer die großherzogliche Regierung wegen des Gesetzes, betr. die Verwendung von **Militäranwärtern im Gemeindedienst**, interpellirt. Jetzt ist den Abgeordneten die Antwort der Regierung zugegangen: Die Regierung sei nicht in der Lage, die Anstellung von Militäranwärtern im Kommunaldienst grundsätzlich abzulehnen, sie wird sich aber nach Kräften bemühen, daß bei der Festsetzung der bundesräthlichen Ausführungsvorschriften die Interessen und namentlich das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden so viel wie möglich gewahrt werden. — Das Zentrum hat im badenschen Landtag einen Antrag auf Zulassung **religiöser Orden** eingebracht.

Deutschland.

Berlin, 23. Dezember. Zur ostasiatischen Frage schreibt gestern die „K. Ztg." an der Spitze des Blattes: Die Meldungen über große Erregung in Japan wegen der neuesten Vorgänge an den chinesischen Küsten entsprechen mehr Wünschen als der Wirklichkeit. Das Auslaufen eines starken Geschwaders beweise noch lange nicht, daß Japan eine waghalsige Politik beabsichtige. Es halte den Hafen von Wei-Hai-Wei nach allem Rechte besetzt und es sei erklärlich, daß es jetzt Schiffe dahin schickt, wo thatsächlich Ereignisse von politischer Bedeutung sich abspielen. Die Politik Japans habe sich zwar immer kühn und energisch, zugleich aber auch ernst erwägend gezeigt, so daß nichts zur Annahme berechtige, daß es jetzt eine abenteuerliche Politik einschlage.

Dasselbe Blatt weist die Behauptung der „Morningpost" zurück, daß die nach Ostasien entsandten Schiffe nicht auf der Höhe der Zeit ständen und sagt, man brauche nicht, um einer diplomatischen Aktion Nachdruck zu verleihen, die besten Schiffe herauszusenden. Es sei auch durch die Interessenvertheilung in Ostasien dafür gesorgt, daß von keiner großen im äußersten Osten interessirten Seemacht Europas dem Vorgehen Deutschlands offener Widerstand entgegengesetzt werd , ohne daß eine andere, gleich starke Macht an Deutschlands Stelle trete. Deutschland habe jetzt nur mit China zu rechnen, das deutschen Kreuzern nicht gefährlich werde.

Nach einer Pariser Meldung wird dort von offiziöser Seite erklärt, Frankreich werde gegenüber den Ereignissen in China zwar eine sehr aufmerksame, aber zugleich ruhig abwartende Haltung beobachten. Schon die Thatsache, daß China gleich den europäischen Staaten die Wohlthaten des Völkerrechts, Verträge und Vereinbarungen, genieße, sei ein hinreichender Grund, um Kaltblütigkeit zu bewahren.

— Fürst Hohenlohe ist, wie es nicht anders sein kann, durch den schweren Schicksalsschlag, der ihn betroffen hat, in hohem Maße niedergebeugt. Man hofft aber, er werde ihn überwinden und der Weiterführung des schweren Amtes, das er so opferwillig in seinen hohen Jahren auf sich genommen und bisher getragen hat, auch fernerhin sich im Dienste des Vaterlandes noch widmen.

— Finanzminister v. Miquel hat — so berichtet das englische Wochenblatt „The Sunday special" — einem Mitarbeiter dieser fremdländischen Zeitschrift über innere Verhältnisse Rede gestanden. Natürlich hat Herr v. Miquel keinerlei Geheimnisse verrathen, wenn er versicherte, daß Fürst Hohenlohe keinen Anlaß habe, von seinem Posten zurückzutreten, und daß er selbst jeden Beistand zur Durchführung „seiner" Finanzreformpläne willkommen heißen würde. Im Uebrigen soll er sich, wie folgt, über die Veranlassung und die Konsequenzen der letzten Personalveränderungen im Reiche und in Preußen ausgesprochen haben:

„Als der letzte Wechsel in den höchsten Staatsämtern eintrat, ersuchte mich Fürst Hohenlohe, die Vizekanzlerschaft anzunehmen, um einige der dringenderen Arbeiten von seinen Schultern zu heben. Gleichzeitig wünschte er, daß ich meine Stellung als preußischer Finanzminister weiter bekleide, aber er erkannte die Gerechtigkeit meiner Gründe für die Ablehnung einer solchen Aemtervereinigung völlig an. Zu gleicher Zeit willigte er in den Wechsel, kraft dessen ich mit der Vizepräsidentschaft des preußischen Staatsministeriums betraut wurde, eine Stellung, auf welche ich den besten Anspruch habe, da mein Finanzdepartement natürlich in enger Fühlung mit allen anderen Zweigen der Regierung gehalten werden muß. Ein ähnliches Arrangement hat sich bereits unter Camphausen als sehr erfolgreich erwiesen. Viele Umstände vereinigen sich, um die nothwendige Harmonie zwischen der Verwaltung des deutschen Reiches unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu erzeugen. Da ist zunächst die Einheit, die dadurch herbeigeführt wird, daß der Reichskanzler gleichzeitig Präsident des preußischen Ministeriums ist. Der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, gehört ebenfalls dem preußischen Ministerium an. Es ist natürlich Sache des Reichskanzlers, diese in der Theorie bestehende Einheit zu einer thatsächlichen zu machen. Niemand kann diese Verantwortlichkeit von seinen Schultern nehmen, wer er auch immer sein mag. Kraft des gegenwärtigen Arrangements steht in jeder Stellung von hervorragender Bedeutung ein völlig kompetenter Mann. Es ist mithin kein Grund für die Befürchtung vorhanden, daß in dem Betriebe der Staatsmaschine irgend ein Zusammenbruch oder Unfall entstehen kann.

Wir haben dem gegenwärtigen Reichstage keine Novelle für die Einführung von Finanzreformen vorgelegt, schon aus dem Grunde, weil wir den Reichstag nicht zu überbürden wünschen. Aber falls das Zentrum, welches auf der Bahn zu Finanzreformen bereits einen Schritt vorwärts gethan hat, weitere Vorschläge in dieser Richtung vorbringen sollte, würde die Regierung sie mit Vergnügen in Erwägung ziehen."

— Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung dem Entwurf zur Aenderung des statistischen Waarenverzeichnisses und des Verzeichnisses der Massengüter die Zustimmung ertheilt; ebenso der Vorlage, betr. die Aenderung des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif, betr. das Regulativ für Oelmühlen und betr. den Entwurf zum Besoldungs- und Pensionsetat der Reichsbankbeamten für 1898; endlich einem Antrage Badens, betr. Abänderung der Bestimmungen über die Sammlung von Saatenstands- und vorläufigen Erntenachrichten. Die Vorlage, betr. den Entwurf eines Gesetzes über die elektrischen Maßeinheiten, wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen und über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

— Zu den Vorlagen, die dem preußischen Landtag gleich bei seinem Zusammentritt am 11. Januar zugehen sollen, gehört auch, wie schon mitgetheilt, ein Gesetzentwurf über die Disziplinargerichtsbarkeit für Privatdozenten. Dieser Gesetzentwurf ist im Anschluß an die Erörterungen, welche seiner Zeit über die Fälle der Privatdozenten Dr. Arons und Dr. Jastrow stattgefunden haben, entstanden, weil sich damals ergeben hatte, daß für ein disziplinares Einschreiten der Unterrichtsverwaltung gegen Privatdozenten eine rechtlich sichere Grundlage fehlte. Diese gesetzlich zu regeln, ist der Zweck der neuen Vorlage. In derselben ist, wie uns berichtet wird, auf die bisherige Entwickelung und die Statuten der Universitäten möglichste Rücksicht genommen worden; demgemäß soll die Disziplinargewalt über die Privatdozenten nicht, wie es hieß, durch den Kultusminister, sondern in erster Instanz durch die Fakultäten ausgeübt werden. In zweiter Instanz soll durch einen Disziplinargerichtshof entschieden werden.

— Die preußische und hessische Eisenbahn-Betriebsgemeinschaft hat für die ersten acht Monate des laufenden Etatsjahres eine Einnahme von 805 Millionen Mark oder 38,5 Millionen mehr wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres ergeben.

— Es steht wohl mit Sicherheit zu erwarten, daß in Folge des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in Schweden die Einfuhr von Vieh u. s. w. von dort nach Deutschland verboten werden wird. Die betreffende Verordnung, durch welche die Grenzsperre ausgesprochen wird, dürfte alsbald erlassen werden.

— Die Zahl der Unfälle, welche im Jahre 1896 haben entschädigt werden müssen, hat sich wiederum gegenüber dem Vorjahre absolut und relativ gesteigert. Sie betrug 85 272, während sie sich 1895 auf 74 467 belief. Von Jahr zu Jahr hat sie zugenommen. 1886 waren nur 10 540 Unfälle zu entschädigen, 1888 schon 21 057, 1890: 41 420, 1892: 54 827 und 1894: 68 677. Die Ursachen für diese Steigerung liegen in den verschiedenartigsten Momenten. Eine völlige Aufklärung wird jedenfalls die im Reichs-Versicherungsamte für das laufende Jahr veranstaltete Statistik über die Unfallursachen bringen. Nun hat ja allerdings die Zahl der versicherten Personen im Laufe der Jahre gleichfalls zugenommen. Aber auch im Verhältniß zu dieser ist eine Steigerung zu bemerken gewesen. Im Jahre 1886 kamen auf 1000 versicherte Personen 2,83 entschädigte Unfälle, 1890: 3,04, 1894: 3,78, 1895: 4,05 und 1896: 4,84. Hier ist die Steigerung allerdings nicht wie bei den absoluten Zahlen eine stetige, von Jahr zu Jahr eintretende gewesen. Beispielsweise zeigen die Jahre 1888 und 1890 einen Rückgang gegen die Vorjahre, indessen hat doch nicht verhütet werden können, daß im Laufe von 11 Jahren auch die relative Zahl der entschädigten Unfälle fast verdoppelt ist. Eine weit erfreulichere Entwickelung haben die Zahlen der schweren Unfälle d. h. derjenigen genommen, welche den Tod oder dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit im Gefolge gehabt haben. Hier ist im Gegentheile eine fast stetige Abnahme festzustellen gewesen. Von der relativen Zahl der Verletzungen hatten im Jahre 1886: 0,73 den Tod und 0,48 dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge, 1896 nur noch 0,39 und 0,09. Allerdings hat sich die Lage gegen 1895, wo die entsprechenden Zahlen 0,35 und 0,09 waren, etwas verschlechtert, jedoch nur so wenig, daß darauf kein Gewicht zu legen ist. Jedenfalls beweist die relative Abnahme der schweren Unfälle, daß die Berufsgenossenschaften auch auf dem Gebiete der Unfallverhütung ihre Aufgabe glänzend lösen.

— Der Schwarze Adler-Orden ist im Jahre 1897 17 Mal verliehen worden, während sechs Ritter gestorben sind. Verliehen wurde dieser höchste preußische Orden dem Finanzminister Dr. v. Miquel und dem Chef des Geh. Zivil-Kabinets Dr. v. Lucanus am Geburtstage des Kaisers, dem Erzherzog Otto von Oesterreich am 10. Februar, dem Ober-Hof- und Hausmarschall und Ober-Zeremonienmeister Grafen zu Eulenburg aus Anlaß der Hundertjahrfeier am 22. März, dem kaiserl. österreichischen Obersthofmeister Prinzen Liechtenstein am 22. April, dem russischen Kriegsminister v. Wannowski, dem russischen General der Kavallerie und Generaladjutanten Mussin-Puschkin, dem russischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Murawiew und dem russischen Minister Witte am 9. August, dem Prinzen Alphons von Baiern und dem italienischen Botschafter Grafen Lanza, dem kommandirenden General des 16. Armeekorps Grafen v. Haeseler, dem Chef des Generalstabes der Armee, Generaladjutanten Grafen v. Schlieffen und dem kommandirenden General des 11. Armeekorps, Generaladjutanten v. Wittich am 4. resp. 10. September, dem österreichischen Kriegsminister v. Krieghammer am 15., dem kommandirenden General des 4. österreichischen Armeekorps Prinzen Rudolf Lobkowitz am 17., und dem österreichisch-ungarischen Botschafter v. Szögyeny am 20. September. Gestorben sind: Prinz Wilhelm von Baden am 27. April, Großherzog Friedrich Franz III. von Mecklenburg-Schwerin am 10. April, General der Kavallerie und Generaladjutant v. Albedyll am 13. Juni, der italienische Feldmarschall Graf Della Rocca am 12. August, Fürst Hugo zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog von Ujest, am 23. August, und General der Infanterie v. Schachtmeyer am 8. November.

— Wie die „Deutsche Tageszeitung" meldet, beabsichtigt der Zentralverband deutscher Kaufleute an zuständiger Stelle eine reichsgesetzliche Regelung des Ausverkaufswesens in Anregung zu bringen.

— Eine überraschende Meldung kommt aus Wien: Wie die „Neue Freie Presse" erfährt, tritt in Kreisen der czechischen Delegirten mit großer Bestimmtheit die Nachricht auf, daß noch vor dem Zusammentritt des böhmischen Landtages eine neue Sprachenverordnung erscheinen werde. In dieser Sprachenverordnung werden die Bestimmungen der gegenwärtigen Sprachenverordnung hinsichtlich der Sprache der Gerichte und Behörden derart geändert werden, daß an Stelle der Doppelsprachigkeit in ganz Böhmen eine Dreitheilung tritt, indem ein Gebiet mit deutscher, eins mit czechischer und eins mit doppelsprachiger Amtssprache geschaffen wird. An Stelle der obligatorischen doppelsprachigen Qualifikation für alle Beamten in Böhmen werden neue Bestimmungen über die sprachliche Qualifikation der Konzeptsbeamten erlassen. Diese Aenderungen sollen im Einvernehmen mit den Czechen beschlossen worden sein, wobei vorauszusetzen ist, daß die Regierung keine sprachliche Verfügung treffen werde, ohne vorher eine Verständigung mit den Deutschen erzielt zu haben. In den czechischen Delegirtenkreisen heißt es ferner, daß der Reichsrath für Ende Februar einberufen werden wird. — Soweit die Meldung des Wiener Blattes. Unwahrscheinlich daran ist vor Allem, daß die Czechen diesen Vorschlägen zugestimmt haben sollen. Sie würden damit eine vollständige Frontveränderung vorgenommen haben, da ja ähnliche Forderungen der Deutschen bei den Verhandlungen mit dem Minister von Gautsch von den Czechen streng abgelehnt worden waren. Unwahrscheinlich erscheint ferner, daß man von oben herab bisher nur die Czechen und nicht auch die Deutschen befragt haben sollte — also den Fehler Badenis beim Erlaß der Sprachenverordnungen wiederholt hätte. Unsicher ist ferner die Tragweite der Bestimmungen über die Doppelsprachigkeit der Konzeptsbeamten (der höheren Beamten mit Universitätsbildung) in den rein deutschen Bezirken. Sollte hier an der unbedingten Verpflichtung zur Doppelsprachigkeit und nicht nur an der Verpflichtung nach Bedarf festgehalten werden, so würde auch dieser Vorschlag die Deutschen kaum zu entwappnen vermögen. Immerhin wäre eine Verordnung der Regierung in dem erwähnten Sinne eine nicht unwesentliche Verbesserung gegenüber den Badeni'schen Vorschriften — und gerade deshalb ist am allerwenigsten darauf zu hoffen, daß das Gerücht zur Wahrheit werde. Die czechischen Vertrauensmänner hätten sich am Sonntag kaum so weit vorgewagt, wie sie es gethan, wenn ihre Vertreter mit der Regierung über die erwähnten Abänderungen der Sprachenverordnungen verhandelt hätten. Ausgeschlossen bleibt ja natürlich nicht, daß die Regierung auch einmal auf eigene Faust vorginge — ja, es wäre sogar eigentlich das Nächstliegende, aber eben darum auch das Unwahrscheinlichste!

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 22. Dezember. Abgeordnetenhaus. Das Haus und die Gallerien sind dicht besetzt. In fortgesetzter Berathung der Provisoriums-Vorlage erklärte der Ministerpräsident Baron Banffy, der Beschlußantrag Kossuths sei nicht anzunehmen. Dieser Beschlußantrag fordere die Errichtung eines selbstständigen Zollgebiets am 1. Januar 1899. Was solle bis dahin werden? Man müsse auch bis dahin Vorsorge treffen; dagegen nehme er den Beschlußantrag Lukacs-Enyedys an und konstatire, daß Ungarn das Recht besitze, sofort ein selbstständiges Zollgebiet zu errichten, wenn dies nothwendig sei und seinen Interessen entspreche; doch stelle er dies nicht als Ziel auf, weil er den Ausgleich mit Oesterreich für vortheilhafter halte, wenn dieser mit Berücksichtigung der Interessen des Landes zu Stande komme. Da dies jedoch zweifelhaft sei, so sei eine Zusammenstellung der von dem Abg. Enyedy gewünschten Daten nothwendig und liege keine Schwierigkeit vor, diese Daten zu veröffentlichen. Die ungarische Regierung habe den strengsten verfassungsmäßigen Standpunkt eingehalten, als sie erklärte, daß die Durchführung des Provisoriums in Oesterreich mittelst des Nothparagraphen den ungarischen Gesetzen zuwiderlaufe, da diese klar feststellten, daß der Vertrag nur mit einem konstitutionellen Oesterreich abgeschlossen werden könne. In Oesterreich habe die Minorität die konstitutionelle Verhandlung unmöglich gemacht. Die ungarische Regierung erachte es den Interessen der dualistischen Monarchie entsprechend, Oesterreich eine Erholungszeit zu gewähren. Indem sie das thue, begegne sie der Zustimmung der großen Majorität des Landes; sie wolle nicht solche Wirren hervorrufen, deren Schäden unberechenbar seien. Er (Banffy) sei überzeugt, daß auch jene, welche nicht zu dieser Majorität gehörten, diejenigen tadelten, welche diese Wirren hervorgerufen haben. Durch den vorliegenden Entwurf erschienen weder die Rechte noch die Interessen des Landes verletzt. Er sehe keinen Grund, die Gesetzwerdung dieser Vorlage zu verhindern. Die Regierung rechne mit den Schwierigkeiten der Situation und werde gewiß die im Interesse des Landes nöthigen Verfügungen treffen. (Zwischenrufe: „Verordnungen?") Er glaube, es sei nicht nothwendig, in eine Erörterung dieser Frage näher einzugehen, doch konstatire er nochmals, daß die Regierung die im Interesse des Landes nöthigen Verfügungen treffen werde. Er ersuche das Haus, nicht einen Zustand zu schaffen, aus welchem schwer ein Ausgang zu finden sei. Wenn in Oesterreich das konstitutionelle Leben auf Hindernisse stoße, so bitte er, diese Gelegenheit nicht dazu zu benutzen, gerade dasjenige zu verwirklichen, was nicht in den gemeinsamen Interessen liege. Der Minister fährt fort: „Uns knüpfen historische Vergangenheit und die Staatsgrundgesetze an einander. Wir wollen unter den hieraus fließenden Vortheilen leben und sie nicht aufgeben. Es liegt nicht in unserem Interesse, daß wir, wo nicht die Majorität, sondern der Wille der Minorität die Staatsmaschine stört, dieses ausnützen gegenüber jenen, mit denen zu leben unseren Interessen entspricht; und unser Interesse bildet: Unser Verhältniß mit diesen nicht aufzulösen, sondern immer stärker zusammenzuziehen!" (Lebhafter Beifall rechts, großer Lärm links.) Nach dem Ministerpräsidenten ergreift der Abg. Ludwig Olay von der Partei Kossuths das Wort und bemerkt, er wundere sich, daß der ungarische Ministerpräsident im Saale des Abgeordnetenhauses so zu sprechen wage und für ein noch engeres Verhältniß zu Oesterreich eintrete. Baron Banffy sei Ministerpräsident für Wien, nicht für Ungarn. Der Ministerpräsident entgegnet: „Der Schluß meiner Rede hat auf der einen Seite des Hauses lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Ich kann versichern, daß die Regierung nie etwas im Dienste Wiens thut und daß sie stets nur von den Interessen des Vaterlandes und des Königs geleitet wird. Ich kann ferner versichern, daß mich in allen meinen Handlungen nur der Gedanke leitet, als Minister des Königs das Interesse des Königs und des Vaterlandes zu vertreten und als Minister des Landes nur dessen Dienst mir vor Augen zu halten. Die Herren Abgeordneten können dies für unrichtig halten, doch mein Gewissen ist rein darüber, daß ich als Minister Niemand Anderem als dem Vaterlande und dem Könige gedient habe!" Die nächste Sitzung ist auf Montag Nachmittag angesetzt.

Frankreich.

Paris, 22. Dezember. Gegenüber den Meldungen der dreyfusfeindlichen Blätter, wonach die Gutachten der Schriftexperten für Esterhazy sehr günstig seien, stellt der „Temps" fest, daß die Gutachten der Sachverständigen noch gar nicht abgegeben sind. Sehr bemerkenswerth ist auch ein heute vom „Temps" veröffentlichtes Interview mit Frau von Boulancy, welche auf das entschiedenste ihre Behauptung aufrecht hält, daß sämtliche bei ihr beschlagnahmten Briefe von Esterhazy herrühren. Der „Soir" will wissen, jenes Schriftstück, mit dem die Vertheidiger Dreyfus' im geeigneten Momente hervorzutreten beabsichtigen, sei eine auf Briefpapier der deutschen Botschaft geschriebene, von Esterhazy unterfertigte Empfangsbestätigung über fünftausend Franks. Das Schriftstück sei eine von einem belgischen Photographen hergestellte Fälschung.

Paris, 22. Dezember. Panama-Prozeß. Vor fast leeren Bänken wurde heute das Zeugenverhör fortgesetzt; dasselbe ergab keine bemerkenswerthen Thatsachen. Morgen wird das Verhör weitergeführt. Auf dem Flur des Gerichtsgebäudes kam es zu einer Prügelei zwischen einem Zeugen Namens Martin und zwei anderen Personen.

Paris, 22. Dezember. General Saussier, der für den Kriegsfall zum Höchstkommandirenden des französischen Heeres bestimmt war, wird, da er im nächsten Jahre die Altersgrenze erreicht, durch den General Jamont ersetzt werden. Dieser, am 19. Juli 1831 geboren, trat im Jahre 1852 in die Artillerie ein, machte den Krimkrieg mit und rückte in seiner Waffe bis zum Brigadegeneral auf, worauf er im Jahre 1880 zur Infanterie übertrat. Später übernahm er als Divisionsgeneral den Oberbefehl über die französischen Expeditionstruppen in Tongking, gerade als die Niederlage bei Langson große Gefahren zu bereiten schien. Nach Frankreich zurückberufen, befehligte General Jamont zunächst das erste Armeekorps in Lille, dann das sechste in Chalons, das, zum Schutze der Ostgrenze bestimmt, fast die doppelte Stärke der übrigen französischen Armeekorps aufweist. Im Januar 1895 wurde er an Stelle des Reitergenerals Gallifet zum Generalinspekteur der Armee ernannt und damit zum Oberbefehlshaber eines Heeres im Kriegsfall bestimmt. Vom nächsten Jahre ab soll er nun den General Saussier als Generalissimus ersetzen. Dieser funktionirt zugleich als Militärgouverneur von Paris, in welcher Eigenschaft er auch jüngst das gegen den Major Esterhazy vorliegende Material zu prüfen hatte und den Angeschuldigten einem Kriegsgerichte überwies. Die Funktionen des Militärgouverneurs von Paris sollen nun aber von den übrigen, die dem General Saussier bisher oblagen, getrennt und dem General Hervé überwiesen werden, der bis jetzt an der Spitze eines Armeekorps stand.

Afrika.

Bloemfontein, 19. Dezember. Der Bericht der Verfassungs-Revisions-Kommission des Oranje-Freistaats ist veröffentlicht worden. Drei Jahre soll ein Ausländer im Freistaat gewohnt haben, ehe er sich naturalisiren lassen kann. Darauf braucht er blos einen Treueid leisten, ohne seine Treue gegen das Land, welchem er früher angehörte, abschwören zu müssen. Bürger des Transvaals sollen jederzeit nach Ablegung des Treueides Bürger des Oranje-Freistaats werden dürfen, wenn der Transvaal den Bürgern des Oranje-Freistaats gleiche Zugeständnisse macht. Der Bericht schlägt auch vor, die Zusammensetzung des Raads zu vermindern. Der Präsident kann die vom Raad genehmigten Gesetze mit seinem Veto belegen.

Amerika.

Ueber den derzeitigen Zustand des Panamakanals sind dem Newyorker Staatsdepartement einige interessante Einzelheiten amtlich gemeldet worden. Der ganzen, 54 englische Meilen von Küste zu Küste sich erstreckenden und ausgelegten Linie entlang befinden sich Schuppen und Magazine mit neuen und theuren Arbeitsmitteln gefüllt, die einen Kaufwerth von 100 Millionen Dollars darstellen sollen. Die bisherigen Arbeiten und Manöver haben 275 Millionen Dollars insgesamt verschlungen. Während erst ein Drittel des Kanals dafür hergestellt werden konnte, sollen die übrigen zwei Drittel für 150 Millionen Dollars in sieben bis zehn Jahren vollendet werden können. In nächster Zeit wird ein Ausschuß den Fortschritt der Arbeiten feststellen. Der Kanal ist von Colon bis Bajeo auf einer Strecke von vierzehn Meilen vollständig hergestellt. Die größte Schwierigkeit der kommenden Arbeiten liegt in der Ueberschreitung des Calebria-Bergrückens, wo der Kanal jedoch eine Breite von blos 78 Fuß an der oberen Fläche und von 29 Fuß am Boden erhält, während für die übrigen Theile eine obere Breite von 160 und eine untere von 72 festgestellt ist. Vermuthlich wird englisches Kapital den Fortbau übernehmen. Inzwischen ist das amerikanische Kanonenboot „Newport" mit der amtlichen Nicaragua-Kommission und einer Schaar Vermesser und Arbeiter, im Ganzen 216 Personen, zu einer sorgfältigen neuen Vermessung der ganzen geplanten Kanalstrecke von Küste zu Küste, die bis März dauern wird, in See gestochen. Der Bundesdampfer „Alert" ist zur Beihülfe auf der Westseite Nicaraguas von San Francisco aus gefahren.

Von der Marine.

— Um die Fortschritte der auffälligen Rüstungen Japans zur See kennen zu lernen, hat ein Korrespondent der „North American Review" sämtliche europäische und amerikanische Werften, wo Japan zur Zeit Kriegsschiffe bauen läßt, besucht. Die Ergebnisse seiner Nachforschungen sind folgende: Im Bau begriffen sind 3 Hochsee-Panzerschlachtschiffe von je 14 800 Tonnen (je eins bei Armstrong, Thames Ironworks und Thompson); 1 Hochsee-Panzerschiff von 10 000 Tonnen (bei Armstrong); 5 Panzerkreuzer 1. Klasse von je 9600 Tonnen und 20 Knoten Schnelligkeit (davon 2 bei Armstrong, einer beim Stettiner Vulkan, einer bei Forges und Chantiers, und einer auf der japanischen Werft zu Jokosuka); 2 geschützte Kreuzer von je 5000 Tonnen mit 23 Knoten Schnelligkeit (davon einer in San Francisco und der andere in Philadelphia); 1 geschützter Kreuzer zu 4300 Tonnen mit 23 Knoten Schnelligkeit (bei Armstrong); 3 geschützte Kreuzer von je 3000 Tonnen mit 20 Knoten Schnelligkeit (auf der japanischen Werft zu Jokosuka); 3 Torpedo-Kanonenboote (ebenfalls zu Jokosuka); 12 Torpedoboote (8 bei Schichau zu Elbing und 4 auf einer Werft in der Normandie); 8 Torpedoboot-Zerstörer mit 30 Knoten Schnelligkeit (4 bei Jarrow, 4 bei Thompson). Japan baut also zur Zeit mehr Schiffe, als irgend eine andere Nation, England allein ausgenommen, und baut sie, um sobald wie möglich fertig zu werden, gleichzeitig auf den verschiedensten Werften in der ganzen Welt. Angekauft hat die japanische Regierung außerdem zwei neue, bei Armstrong ursprünglich für Chile erbaute Panzerkreuzer 1. Klasse von je 9000 Tonnen mit 21 Knoten Schnelligkeit. Nach Beendigung des japanisch-chinesischen Krieges besaß die japanische Flotte 43 seegehende Schiffe und 26 Torpedoboote von zusammen 79 000 Tonnen, einschließlich der den Chinesen abgenommenen. Hinzugetreten sind inzwischen schon fünf Vertreter der modernsten Typen, wovon die beiden Hochseepanzer „Fuji" und „Yashima" je 12 800 Tonnen haben. Im Jahre 1903 wird die japanische Flotte nach dem Bauplan 67 seegehende Schiffe, 12 Torpedoboot-Zerstörer und 75 Torpedoboote (von insgesamt 200 000 Tonnen) besitzen. Dann wird sie nur der englischen nachstehen, der französischen gleichkommen, die deutsche, die russische und die der Vereinigten Staaten von Nordamerika weit übertreffen. Eine so riesige und im schnellsten Tempo betriebene Vermehrung der japanischen Kriegsflotte muß, bemerkt dazu die „Schlesische Zeitung", sowohl in Europa wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Frage wachrufen, was Japan mit diesen Rüstungen bezweckt. Das Endziel der japanischen Bestrebungen entspricht offenbar der günstigen geographischen Lage des Landes, die so auffallend an diejenige des englischen Inselreiches erinnert. Japan bereitet sich vor, in Ostasien in nicht allzu ferner Zeit die erste Rolle zu spielen und den europäischen Staaten dann auch auf wirthschaftlichem Gebiete eine ihnen verhängnißvolle Konkurrenz zu machen, ist sich aber auch zweifellos darüber klar, daß es, um dahin zu gelangen, den Widerstand einer ganzen Reihe von Staaten überwinden muß. Gegen diese sind also seine Rüstungen gerichtet, zunächst gegen Rußland, dann gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika, denn Japan strebt nach der Alleinherrschaft in den ostasiatischen Meeren und will das von Rußland begehrte Korea sowie die von den Vereinigten Staaten annektirten Sandwich-Inseln selbst in Besitz nehmen. Mit seinen Rüstungen zur See gehen solche zu Lande Hand in Hand. Wie russische Reiseberichte aus Japan melden, ist das ganze Land von einem kriegerischen Geiste beseelt. Japan und China sind Todfeinde von Alters her. Mit dem Kriege von 1894 ist das eine dem andern nur zuvorgekommen, denn China hatte schon im Jahre 1882 beschlossen, bei erster Gelegenheit dem Fortschritte Japans in den Weg zu treten und die chinesische Oberherrschaft mit Waffengewalt wieder herzustellen, aber die Ausführung dieser Absicht auf Rath Li-Hung-Tschangs bis nach Beendigung ausreichender Kriegsrüstungen hinausgeschoben. Der Krieg von 1894 hat diesen Anschlägen voraussichtlich für immer ein Ende gemacht. Als nun das siegreiche Japan dem Ultimatum der drei Mächte gegenüber stand und in der Erkenntniß seines Unvermögens, diesen Mächten mit den Waffen in der Hand zu begegnen, sich in das Unvermeidliche schickte und eine seiner Haupterrungenschaften aufgab, da gelobte es sich im Stillen, den Krieg sobald wie möglich in günstigerer Lage zu erneuern. Eine hinreichende Kriegsmacht zu Wasser und zu Lande soll es ihm ermöglichen, die Früchte neuer Siege festzuhalten. Daher die fieberhafte Thätigkeit, welche Japan im Heer und in der Flotte ent-

wickelt. Japan will vor Allem seine Flotte so stark machen, daß sie nöthigenfalls auch allein den Seekräften, welche intervenirende Mächte in Ostasien aufzubieten haben, mit Erfolg die Spitze zu bieten vermag, jedenfalls aber im Bunde mit England die ostasiatischen Gewässer beherrscht. Man darf auch mit Sicherheit annehmen, daß England diesen Bestrebungen nicht fernsteht.

Arbeiterbewegung.

— Ein Massenstrike der Berliner Bauarbeiter aller Klassen zum Zwecke der Erringung des achtstündigen Arbeitstages steht — wie die „Baugewerkszeitung" mittheilt — für das kommende Frühjahr bevor. Die Maurer und Zimmerer, welche sich durch die Streiks der beiden letzten Jahre zu einem Theile wenigstens den Neunstundentag sowie einen Stundenlohn von 60 Pfennigen erkämpft haben, stehen an der Spitze der Bewegung. Die Vorbereitungen zu einem allgemeinen Ausstande, in den auch die weniger zahlreichen Bauarbeitergruppen hineingezogen werden sollen, sind bereits im Gange. Die Sammlungen zum Streikfonds werden eifrigst fortgesetzt, während das System der Baudeputirten, das eine Art Streikorganisation bildet, ausgebaut wird. Die Arbeitgeber im Baugewerbe sind schon jetzt bestrebt, dem neuerlichen Ausbruch eines Streikes dadurch vorzubeugen, daß sie nach Möglichkeit solche Gesellen heranziehen, welche den bisherigen Lohnbewegungen ferngeblieben sind, und die Veranstaltung von Streiksammlungen auf den Bauten zu verhindern suchen.

— Verschärfte Bestimmungen zur Abwehr von Streiks und Boykotts, die gerade bei der mechanischen Schuhfabrikation sehr häufig sind, gedenkt der Verband deutscher Schuh- und Schäfte-Fabrikanten für sämtliche Verbandsbetriebe einzuführen. Er beruft deshalb für den 15. künftigen Monats eine außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes ein, der eine Reihe Vorschläge und Maßnahmen unterbreitet werden soll.

Viktor Meyer und die Brodfrage.

Das plötzliche und erschütternde Ende des großen Chemikers, Professor Dr. Viktor Meyer in Heidelberg, giebt Veranlassung, wiederholt daran zu erinnern, daß durch diesen ausgezeichneten Gelehrten gerade einige der interessantesten und höchsten Aufgaben der Wissenschaft in erläuternder Weise auch einem größeren Kreise von Laien zugänglich gemacht wurden. Wir haben hier besonders seine in der „Deutschen Rundschau" enthaltenen Abhandlungen: „Die Umwälzung in der Atomlehre (Dt. R. Bd. 37) und: „Chemische Probleme der Gegenwart" (Dt. R. Bd. 61) im Sinne. Es sei gestattet, aus diesem lehrreichen bereits im September 1889 in Heidelberg gehaltenen Vortrage wenigstens eine Stelle anzuführen, und zwar über die gerade neuerdings wieder und, wie es schien, nicht erfolglos, doch, so weit erinnerlich, ohne Nennung Viktor Meyers, angeregte Frage der Gewinnung von Brod aus Holz. „Welcher Segen für die Landwirthschaft," heißt es am Schluß des Vortrages, „wenn wir den Phosphor der Eisenerze, der diese bisher entwerthete, nunmehr in Gestalt der Thomas-Schlacke dem Ackerbau nutzbar zu machen gelernt! Das ist in Wahrheit die Gewinnung von Brod aus Stein, gleich der seit lange betriebenen Verarbeitung der mineralischen Phosphorite auf nutzbringende lösliche Düngerstoffe." Diese Verwerthung der Thomas-Schlacke findet nun bekanntlich schon seit Jahren in ausgedehnter Weise statt.

„Freilich, das Zeitalter der Glückseligkeit ist noch nicht angebrochen . . . Die Beseitigung der Brodfrage, aller Nahrungssorgen, des Kampfes ums Dasein unter den Menschen erachtet er für erreicht, wenn einst die Chemie gelernt haben wird, aus Kohlensäure und Wasser Stärkemehl zu erzeugen. Allein diese chemische Industrie treibt seit undenklichen Zeiten der Feldbebauer, und kaum möchte es ein so großer Fortschritt sein, wenn man den Acker durch eine chemische Fabrik ersetzte. Wohl aber ist die Lösung von der Wissenschaft zu erhoffen: Die Holzfaser muß eine Quelle menschlicher Nahrung werden. In der That, bedenkt man, wie gering das Quantum brodgebenden Stärkemehls ist, welches uns die Aehre liefert, und erwägt man weiter, daß die Holzfaser genau dieselbe chemische Zusammensetzung besitzt wie die Stärke, so bietet sich die Möglichkeit einer ins Unermeßliche gesteigerten Nahrungsproduktion in der Lösung der Aufgabe: Cellulose in Stärkemehl zu verwandeln. Das Holz der Wälder, das Gras, selbst Stroh und Spreu — sie würden eine unerschöpfliche Quelle menschlichen Nahrungsstoffes bilden, wäre dies Problem gelöst." Wie bereits angedeutet, scheint eben auch dieses Problem bis zu einem gewissen Grade gelöst zu sein, da schon vor länger als Jahresfrist die Mittheilung in den Zeitungen auftauchte, daß in Berlin eine Fabrik für Brodbereitung aus Holz, wenn auch zunächst nur zur Verwendung für Pferde errichtet sei. „Hat man doch neuerdings gelernt, die früher bestrittene Umwandlung des atmosphärischen Stickstoffes zu Eiweiß in gewissen Pflanzen zu verfolgen und durch passende Behandlung zu begünstigen — wie dies die schönen Arbeiten von Hellriegel erwiesen haben. Planmäßige Vermehrung des Pflanzeneiweiß aber, in Gemeinschaft mit der Erzeugung von Stärkemehl aus Cellulose, würde in Wahrheit die Lösung der Brodfrage bedeuten. Möchte es der Chemie vergönnt sein, durch solchen Fund dereinst ein goldenes Zeitalter für die Menschen vorzubereiten!" Kein schöneres Denkmal aber könnte man dem Geschiedenen setzen, als durch die von ihm in so scharfen Zügen hingestellte allseitig nutzbringende Lösung der angeregten Frage.

H. E.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. Dezember. Der Schluß der Jagd auf Hasen und Fasanen im Regierungs-Bezirk Stettin ist auf den 17. Januar 1898 festgesetzt.

— Der Finanzminister hat im Einvernehmen mit dem Justizminister angeordnet, daß in Zukunft Jagdpuchtverträge als Pachtverträge über unbewegliche Sachen nach Tarifstelle 48a des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1885 zu versteuern sind.

— Sind bei Einsendung von Gerichtskosten mit der Post dem Betrage von 5 Pfg. bezw. 10 Pfg. Bestellgeld beizufügen? Im Interesse des Publikums ist es wohl angezeigt, daß diese Frage einmal näher erörtert wird. Bei den größeren königlichen Kassen, insbesondere den Gerichtskassen, besteht die Vorschrift, daß die Postsachen und Gelder von der Postanstalt, wenn letztere sich an demselben Orte befindet, durch die eigenen Kassenboten abgeholt werden. Dadurch fällt der Anspruch der Post auf das Bestellgeld von 5 Pfg. bezw. 10 Pfg. weg. Von dem interessirten Publikum, namentlich der Geschäftswelt, wird nun diese Bestimmung vielfach nicht beachtet und das Bestellgeld durch Aufkleben einer Marke verwendet oder mit dem Kostenbetrage mitübersandt. Dies macht den Kassenbeamten nicht nur eine erhebliche Mehrarbeit, sondern erhöht auch um den Betrag der Bestellgelder die Kosten. Eine Zurücksendung der Bestellgelder kann nicht erfolgen, da der Betrag nicht das Uebersendungsporto deckt. Der zuviel eingezahlte Betrag fließt zunächst in die Staatskasse und wird später an den Provinzialfonds abgeführt. Es ist deshalb stets nur der erforderte Betrag mittels Postanweisung einzusenden.

* Auf der Straßenbahnstrecke Bahnhof-Friedhof über die Grüne Schanze, den Paradeplatz und die Moltkestraße fanden heute die ersten Versuchsfahrten mit Motorwagen statt.

* An vielen Stammtischen besteht die schöne Sitte, regelmäßig kleine Beiträge zu sammeln, um die Mittel für eine Weihnachtsbescheerung zu gewinnen. Im Eiskeller-Restaurant, wo diese Uebung bereits seit Jahren eingeführt ist, fand eine derartige Feier gestern Abend statt und konnten 17 Kinder, Knaben und Mädchen, sowie eine alte Frau beschenkt werden. Aehnliche Bescheerungen wurden im Lokale von H. Kutz in der König-Albertstraße und bei Julius Ebert in der Birkenallee veranstaltet, es waren dort im Ganzen, 42 Kinder, denen auf solche Art eine unverhoffte Weihnachtsfreude bereitet wurde.

* Ein Gaskandelaber vor dem Hause Deutschestraße 65 wurde in letzter Nacht umgefahren und das ausströmende Gas von Nachtschwärmern angezündet, in Folge dessen mußte die Feuerwehr gerufen werden, um die Oeffnung zu verschließen.

— Das Repertoir des Bellevue-Theaters für die Weihnachtsfeiertage ist wie folgt zusammengestellt: Sonnabend Nachmittag wird das reizende Weihnachtsmärchen „Klein Däumling" mit Herrn Brégant in der Titelrolle wiederholt. Abends geht zum ersten Male das neue Kneiselsche Volksstück mit Gesang „Unsere Reichspost" in Scene. Das Stück erlebte in Berlin über 100 Aufführungen bei ausverkauften Häusern. Herr Picha leitet die Inscenirung und ist als Vertreter der Hauptrolle hervorragend beschäftigt. Die andern Rollen liegen in den Händen der Herren Schumacher, Kienscherf und Schumann, sowie der Damen Bradsky und Kühnert. Als Einlagen werden 3 Kouplets von Frl. Bradsky und Herren Picha und Schumacher gesungen. Am Sonntag Nachmittag gastirt der Zwergkomiker Jean Brégant im „Walzerkönig". Der großen Erfolg, den der kleine Künstler in dieser Posse als „Groom Pips" erzielte, hat die Direktion veranlaßt, das Stück zu wiederholen. Herr Brégant wird wieder zwei seiner humorvollsten Kouplets vortragen. Als Abendvorstellung gelangt die Novität „Das Opferlamm", der neueste, äußerst wirksame Schwank von Oskar Walter und Leo Stein zur Erstaufführung. Hierin spielt Herr Direktor Resemann die Hauptrolle. Für Montag steht Nachmittags „Klein Däumling" und Abends „Das Opferlamm" auf dem Repertoire.

Aus den Provinzen.

W. Pollnow, 22. Dezember. Im Beisein des Herrn Oberpräsidenten Staatsminister a. D. v. Puttkamer ist gestern in feierlicher Weise die Kleinbahn Schlawe—Pollnow dem Verkehr übergeben.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 23. Dezember. Die erste Strafkammer des Landgerichts verurtheilte gestern den Rollkutscher Heinrich Fritz von hier wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Gefängnißstraße von einem Jahr. Am Abend des 4. September war F. in einer Kneipe der Parnitzstraße mit mehreren Arbeitern in Streit gerathen, der sich auf der Straße fortsetzte. Von Worten ging man schließlich zu „schlagenden" Beweisen über, wobei F. natürlich den Kürzeren zog, weshalb er davonlief und in einem Hausflur Schutz suchte. Da die Hausthür gleich hinter dem Angeklagten geschlossen wurde, so befand derselbe sich völlig in Sicherheit und es wurde ihm gerathen, das Haus durch einen zweiten Ausgang zu verlassen, er wollte jedoch davon nichts wissen, trat vielmehr nach einiger Zeit wieder auf die Parnitzstraße hinaus. Hier traf er den Arbeiter Sorgatz, der die Hausthür geöffnet hatte, und in der Meinung, einen der früheren Gegner vor sich zu haben, stach F. mit dem bereitgehaltenen Messer auf den Mann los. S. trug eine Verletzung im Gesicht davon, deren Heilung längere Zeit in Anspruch nahm. Der Angeklagte entfloh nach Verübung der geschilderten Heldenthat, er wurde jedoch bald wieder ergriffen und nach Verdienst abgeurtheilt.

Vor der dritten Strafkammer hatten sich der Arbeiter Christian Schütt aus Möringen sowie dessen beide Söhne Wilhelm und Gustav wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. An einem Sonntag Abend im September d. Js. entstand auf der Dorfstraße in Möringen eine Prügelei, bei der sich die Angeklagten und zwar vornehmlich die beiden jüngeren Schütt hervorthaten. Die Schlägerei bildete, wie so häufig, das Nachspiel zu einem auf dem Tanzboden entstandenen Zwist und das Opfer war im vorliegenden Falle ein Arbeiter Knüppel, der durch Schläge mit einem schweren Stock und durch Messerstiche schrecklich zugerichtet wurde, er mußte neun Wochen in der Anstalt Bethanien zubringen. Bezüglich des alten Schütt konnte nur festgestellt werden, daß er mit der Faust eingehauen habe und erkannte das Gericht gegen ihn auf eine Woche Gefängniß, dagegen wurde Wilhelm S. zu einem Jahr und einem Monat, Gustav S. zu einem Jahr und drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

— Wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Jahren Festung verurtheilt wurde, wie die „Freis. Ztg." mittheilt, ein Gefreiter der 1. Eskadron des 3. Garde-Ulanenegiments zu Potsdam. Der Verurtheilte hat sich die Majestätsbeleidigung in Berlin, Unter den Linden, zu Schulden kommen lassen in dem Augenblick, als der Kaiser dort vorüberfuhr. Berliner Schutzleute hatten den Unbesonnenen angezeigt.

Rostock, 21. Dezember. Das hiesige Schöffengericht verurtheilte heute den Stud. jur. Freiherrn Thilo v. Seebach aus Göttingen, der sich vor einiger Zeit den Anordnungen eines Schutzmannes auf dem hiesigen Zentralbahnhof widersetzte und auf diesen sowohl wie auf einen Nachtwächter mit seinem Handstock einschlug, in eine Gefängnißstrafe von 10 Tagen.

Leitmeritz, 22. Dezember. In die hiesige Militärstrafanstalt wurde ein Zugführer des Infanterie-Regiments Nr. 102 eingeliefert, der während der Prager Ausschreitungen eine Patrouille befehligte. Als ihn der Offizier aufforderte, die Ansammlungen zu zerstreuen, erwiderte er, der Offizier möge ihm czechisch Befehle ertheilen, da er nur der czechischen Sprache mächtig sei; er wurde wegen Insubordination degradirt und zu 10jähriger Festungshaft verurtheilt.

Kunst und Wissenschaft.

Unter der Berliner Musik-Kritik nimmt Wilhelm Tappert seit Jahren eine hervorragende Stellung ein, eine gegen ihn geführte, gestern mit einem Vergleich geendete Privatklage hat aber so gravirende Thatsachen für die Bestechlichkeit desselben in seiner Eigenschaft als Kritiker gegeben, daß er in einem Schreiben an den Verlag des „Kleinen Journal" bat, ihn von seiner Stelle als Musikkritiker zu entbinden, darauf anwortete das „Kleine Journal" in seiner heutigen Nummer: Nach reiflicher Erwägung haben wir diesem Ersuchen des Herrn Tappert nicht stattgegeben. Wir verhehlen uns nicht, daß die Beweisaufnahme des gestrigen Tages höchst ungünstig gewesen ist; wir sind uns mit dem Betroffenen darüber klar, daß er leichtsinnig und inkorrekt verfahren ist; wir stehen nicht an, zu erklären, daß seine Handlungsweise mit der Berufsehre eines vornehmen Kritikers in bedenklichster Weise kollidirt. Der alte Mann hat jedoch zwei Mal an dem Marterpfahl der Oeffentlichkeit gestanden, an welchen ihn sein jugendlicher Büttel Dr. Alfred Kempner gezerrt hat; hohnlachend sind Neid und Bosheit an dem grauhaarigen Gelehrten vorübergezogen, hämisch hat ihm die Schadenfreude in das runzelige Gesicht gegrinst. Nun sei es genug des grausamen Spiels! Der Freund und Vertraute eines Richard Wagner hat gebüßt. Wir erachten es für unsere heilige Pflicht, den achtundsechzigjährigen Mann nunmehr seinen Peinigern zu entreißen und ihn auf dem Platze zu belassen, auf welchem er zu Nutz und Frommen des gesamten Musiklebens in Deutschland seit langen Jahren Ersprießliches und Segensreiches gewirkt und geschaffen hat. Herr Tappert hat in seinem Leben keine Reichthümer gesammelt. In einer kleinen Wohnung im vierten Stocke eines Hauses in der Belle-Alliancestraße führt er sein bescheidenes Dasein und mühevoll ernährt er seine große Familie. Sein einziger Stolz ist seine Musikbibliothek und die Liebe zu dieser Sammlung mag den alten Herrn vielleicht zu den Fehltritten verleitet haben, welche auch wir aufs tiefste bedauern und beklagen. Und nun breche der Entrüstungssturm der Herren Kollegen von der Feder über uns los! Mögen alle diejenigen den ersten Stein auf uns werfen, welche der Ueberzeugung sind, daß sie niemals menschlich gefehlt haben und niemals sündigen werden. Bald werden die Weihnachtsglocken läuten. Wir haben das Bewußtsein, recht zu handeln, und beneiden Niemanden um den traurigen Ruhm, einer armen Schriftstellerfamilie zum heiligen Abend Sorge, Kummer und Noth bescheert zu haben. Im Zeichen des Friedensfestes sei der Fall „Tappert" verziehen und vergessen!

Vermischte Nachrichten.

— Ueber die schon seit zwei Jahren in Liquidation befindliche gegenseitige Hagelversicherungs-Gesellschaft „Germania" ist kürzlich, weil die Liquidation zu keinem Resultate führte, der Konkurs verhängt worden. Einer Zeitungsmeldung zufolge soll zur Deckung der Verbindlichkeiten der „Germania" von deren Mitgliedern ein Nachschuß von 1000 Prozent eingezogen werden müssen, nachdem bereits 800 Prozent eingefordert worden sind, im Ganzen also 1800 Proz. Ein Bauer, der z. B. seine Feldfrüchte für 10 000 Mark versichert und dafür 60 Mark Vorprämie gezahlt hatte, muß also 1080 Mark an Nachschuß bezahlen! Es sind schon durch die bisherigen Nachschüsse viele Landwirthe zahlungsunfähig geworden, wie erst, wenn sie wirklich noch durch den Konkursverwalter gezwungen würden, weitere 1000 Prozent zu entrichten. Auf gütlichem Wege ist die Beitreibung nicht zu erwarten, sondern nur auf dem des Prozesses, und auch dieser ist ein wenig sicherer, wie aus dem Erfolge der bisherigen Prozeßaktion der „Germania" gegen ihre Mitglieder hervorgeht. Nach der „Hagel-Versicherungs-Zeitung" sind 4320 Prozesse über 458 000 Mark seit April 1895 angestrengt, von denen bis zum 1. April 1897 nur 978 gewonnen, dagegen 1441 verloren worden sind. Das Netto-Endergebniß dieser Prozesse war der geringe Betrag von 26 000 Mark. Darnach ist wohl kaum anzunehmen, daß der Verlauf der Prozesse des Konkursverwalters ein erheblich günstigerer sein wird, oder es muß mit unerbittlicher Strenge gegen die zahlungsfähigsten Mitglieder vorgegangen und diese völlig ruinirt werden. Geschieht dies nicht, so werden zahlreiche Forderungen der „Germania"-Gläubiger ausfallen; da nun die „Patria" Hauptgläubigerin ist, so kämen darnach deren Mitglieder zu Schaden.

Dortmund, 22. Dezember. Auf der Zeche „Kaiserstuhl" ist eine Explosion schlagender Wetter erfolgt. 16 Personen sind todt, 7 schwer verletzt.

Mohrungen, 22. Dezember. Auf der Feldmark Hagenau ist an einem zwölfjährigen Mädchen ein Lustmord verübt worden. Als der That verdächtig ist der Besitzer Schmeier in Hagenau, Familienvater, verhaftet worden.

Mainz, 18. Dezember. Heute fand die Einweihung der neuen Kellerräume der bekannten Champagnerfabrik von Chr. Adt. Kupferberg u. Co., Mainz, statt. Ueber 600 Gäste aus Nah und Fern, darunter die Spitzen der staatlichen, städtischen und militärischen Behörden hatten, der Einladung Folge leistend, sich Vormittag 11 Uhr am Eingang, Walpodenstraße, eingefunden, um von hier aus den Rundgang durch die weitläufigen Kellereien anzutreten. Von Herrn Kommerzienrath Franz Kupferberg begrüßt, wurde in erster Linie der neue Etagenkeller, ein Riesenbau von fünf Stockwerken, welcher mit den seitherigen ausgedehnten Kellereien durch einen Tunnel verbunden ist, besichtigt. Die Kellereien bieten einen Lagerraum für nicht weniger als 3 Millionen Flaschen Schaumwein, sowie 9500 Hektoliter Stillwein in Lagerfässern. Von diesen fällt besonders ein Riesenfaß auf, welches allein 100 000 Liter Lagerwein enthält. Im prangenden Schmucke harrte die Festhalle der zur Oberwelt zurückkehrenden Gäste, die nun reichlich Gelegenheit fanden, den Schatz zu erproben, welcher in der Unterwelt in unübersehbaren Massen lagert. Es entwickelte sich überraschend schnell eine urgemüthliche, festliche Stimmung. Reden und Trinksprüche wechselten in bunter Reihenfolge. Ein Huldigungstelegramm an den Altreichskanzler Fürsten Bismarck, der im Hause der Firma Kupferberg während der ereignißvollen Tage vom 2. bis 7. August 1870 seine Wohnung aufgeschlagen hatte, ging unter stürmischem, begeistertem Jubel ab. Hierauf lief folgende Antwort von Seiten des Fürsten Bismarck ein: „Friedrichsruh, den 18. Dezember 1897. Herrn Franz Kupferberg, Mainz. Für die freundlichen Grüße sage ich in Erinnerung an 1870 Ihnen und den betheiligten Herren verbindlichsten Dank. gez. v. Bismarck."

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. Dezember. Wetter: Trübe. Temperatur + 3 Grad Reaumur. Barometer 774 Millimeter. Wind: NW.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 36,70 bez.

Berlin, 23. Dezember. In Getreide rc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loco 70er amtlich 37,00 loco, 50er amtlich 56,20.

London, 23. Dezember. Wetter: Neblig.

Berlin, 23. Dezember. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	103,10
do. do. 3½%	103,10
do. do. 3%	97,50
Deutsche Reichsanl. 3%	97,20
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,25
do. do. 3%	92,30
do. Neuländ. Pfdbr 3½%	100,10
3% neuländ. Pfandbriefe	92,80
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100,10
do. 3%	92,00
Italienische Rente	94,[illegible]0
do. 3% Eisenb.-Oblig.	58,25
Ungar. Goldrente	103,10
Rumän. 1881er am. Rente	10[illegible],9[illegible]
Serbische 4% 95er Rente	64,5[illegible]
Griech. 5% Goldr. v. 1890	31,25
Rum. amort. Rente 4%	92,00
Mexikan. 6% Goldrente	96,90
Oesterr. Banknoten	169,40
Russ. Banknoten Cassa	216,25
do. do. Ultimo	216,75
Gr. Russ. Zollcoupons	323,60
Französische Banknoten	80,80
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	[illegible]5,00
do. (100) 4%	[illegible]0,30
do. (100) 4%	[illegible]0,75
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	100,50
Stett. Bulc.-Akt. Litt. B.	183,60
Stett. Bulc.-Prioritäten	183,25
Stettiner Straßenbahn	147,50
Petersburg kurz	215,85
Warschau kurz	216,00

London kurz	203,50
London lang	202,05
Amsterdam kurz	168,60
Paris kurz	8[illegible],70
Belgien kurz	80,55
Berliner Dampfmühlen	141,60
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	95,00
„Union", Fabrik chem. Produkte	124,00
Barziner Papierfabrik	196,75
Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	198,00
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,75
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,50
Stett. Stadtanleihe 3½%	99,70
Ultimo-Kourse:	
Disconto-Commandit	199,25
Berliner Handels-Gesellsch.	174,25
Oesterr. Credit	220,10
Dynamite Trust	175,40
Bochumer Gußstahlfabrik	203,60
Laurahütte	183,75
Harpener	190,00
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	206,00
Dortm. Union Littr. C.	97,10
Ostpreuß. Südbahn	94,50
Marienburg-Mlawkabahn	82,90
Norddeutscher Lloyd	109,10
Lombarden	33,70
Franzosen	142,00
Luxemb. Prince-Henribahn	111,40

Tendenz: Fest.

Paris, 22. Dezember, Nachm. (Schlußkourse.) Ruhig.

	22.	21.
3% Franz. Rente	103,12	103,17
5% Ital. Rente	96,27	96,15
Portugiesen	20,70	20,70
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	475,00
4% Rumänier	—,—	—,—
4% Russen de 1889	—,—	103,00
4% Russen de 1894	66,85	66,80
3½% Russ. Anl.	—,—	—,—
3% Russen (neue)	94,50	94,60
4% Serben	66,50	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	61,62	61,50
Convert. Türken	21,82	21,82
Türkische Loose	109,50	110,50
4% türk. Pr.-Obligationen	452,00	—,—
Tabacs Ottom.	313,00	316,00
4% ungar. Goldrente	—,—	104,00
Meridional-Aktien	693,00	691,00
Oesterreichische Staatsbahn	—,—	721,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3740	3750
B. de Paris	890,00	888,00
Banque ottomane	559,00	561,00
Credit Lyonnais	798,00	800,00
Debeers	734,00	735,00
Langl. Estat.	101,00	100,50
Rio Tinto-Aktien	631,00	631,00
Robinson-Aktien	212,50	210,00
Suezkanal-Aktien	3312	3312
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,75	206,75
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122⁷/₆	122⁷/₁₆
do. auf Italien	4,50	4,62
do. auf London kurz	25,22½	25,22
Cheque auf London	25,24½	25,24
do. auf Madrid kurz	372,00	372,00
do. auf Wien kurz	208,00	207,87
Huanchaca	37,00	37,00
Privatdiskont	—,—	—,—

Köln, 22. Dezember. Rüböl loko 60,00. — Wetter: Frost.

Hamburg, 22. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 32,75, per März 33,00, per Mai 33,25, per September 34,00.

Hamburg, 22. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Dezember 9,42½, per Januar 9,45, per Februar 9,52½, per März 9,60, per Mai 9,70, per Juli 9,82½. Ruhig.

Bremen, 22. Dezember. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 4,95 B. Schmalz fest. Wilcox 25¾ Pf., Armour shield 26½ Pf., Cudahy 27½ Pf., Choice Grocery 27½ Pf., White label 27½ Pf. Speck fest. Short clear middl. loko geräumt. Reis unverändert.

Wien, 22. Dezember. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 11,80 G., 11,82 B. Roggen per Frühjahr 8,79 G., 8,81 B., per Mai-Juni —,— G., —,— B. Mais per Mai-Juni 5,68 G., 5,70 B. Hafer per Frühjahr 6,69 G., 6,71 B.

Pest, 22. Dezember, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko ruhig, per Frühjahr 11,94 G., 11,96 B., per September 9,33 G., 9,35 B. Roggen per Frühjahr 8,63 G., 8,65 B. Hafer per Frühjahr 6,36 G., 6,38 B. Mais per Mai-Juni 5,42 G., 5,43 B. Kohlraps loko 13,00 G., 13,50 B. Wetter: Kalt.

Amsterdam, 22. Dezember. Java-Kaffee good ordinary 37,00.

Amsterdam, 22. Dezember. Bancazinn 37,50.

Amsterdam, 22. Dezember, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine beh., per März 227,00, per Mai 219,00. Roggen loko unv., do. auf Termine beh., per März 132,00, per Mai 128,00, per Juli —,—. Rüböl loko 28,50, per Mai 27,37, nom.

Antwerpen, 22. Dezember, Nachmittags 2 Uhr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 14,50 bez. u. B., per Dezember 14,50 B., per Januar 14,75 B. Ruhig.

Schmalz per Dezember 55,00. Margarine —,—.

Paris, 22. Dezember, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 28,50 bis 29,00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Dezember 32,37, per Januar 32,50, per März-Juni 33,12, per Mai-August 33,50.

Paris, 22. Dezember, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fallend, per Dezember 29,25, per Januar 29,10, per Januar-April 28,95, per März-Juni 28,55. Roggen ruhig, per Dezember 18,25, per März-Juni 18,75. Mehl fallend, per Dezember 60,65, per Januar 60,85, per Januar-April 60,85, per März-Juni 60,35. Rüböl ruhig, per Dezember 56,75, per Januar 57,00, per Januar-April 57,50, per Mai-August 56,75. Spiritus fest, per Dezember 42,75, per Januar 42,75, per Januar-April 42,75, per Mai-August 42,75. — Wetter: Schön.

Havre, 22. Dezember, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Dezember 39,00, per Januar 39,50, per März 40,00. Kaum behauptet.

London, 22. Dezember. Kupfer. Chilibars good ordinary brands 48 Lstr. 2 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 62 Lstr. 7 Sh. 6 d. Zink 18 Lstr. 2 Sh. 6 d. Blei 12 Lstr. 15 Sh. — d. Roheisen. Mixed numbers warrants 54 Sh. 4 d.

London, 22. Dezember. Spanisches Blei 12 Lstr. 10 Sh. bis 12 Lstr. 12 Sh. 6 d.

London, 22. Dezember. Chili-Kupfer 48¹/₁₆, per drei Monate 48⁹/₁₆.

London, 22. Dezember. 96proz. Javazucker 10,87 fest. Rüben-Rohzucker loko 9,37 fest. Centrifugal-Kuba —.

London, 22. Dezember, Nachm. 2 Uhr. Getreidemarkt. (Schluß.) Markt ruhig. Schwimmender Weizen nur zu niedrigeren Preisen verkäuflich.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 14 340, Gerste 3700, Hafer 2040 Quarters.

Glasgow, 22. Dezember, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 45 Sh. 5½ d. Warrants middlesborough III. 40 Sh. 3½ d.

Newyork, 22. Dezember. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 183 000, do. nach Frankreich 41 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 44 000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 107 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 54,000 Orts.

Newyork, 22. Dezember. Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Waaren betrug 9 186 366 Doll., gegen 6 007 034 Doll. in der Vorwoche.

Newyork, 22. Dezember. (Anfangskourse.) Weizen per Mai 94,12. Mais per Mai 34,62.

Newyork, 22. Dezember, Abends 6 Uhr.

	22.	21.
Baumwolle in Newyork	5,87	5,87
do. Lieferung per Januar	—,—	5,73
do. Lieferung per März	—,—	5,80
do. in Neworleans	5⁵/₁₆	5⁵/₁₆
Petroleum, raff. (in Cases)	5,95	5,95
Standard white in Newyork	5,40	5,40
do. in Philadelphia	5,35	5,35
Credit Balances at Oil City Jan.	65,00	65,00
Schmalz Western steam	4,80	4,75
do. Rohe und Brothers	—,—	5,10
Zucker Fair refining Moscovados	3,62	3,50
Weizen flau.		
Rother Winterweizen loko	99,3[illegible]	99,50
per Dezember	99,62	100,50
per Januar	9[illegible],12	98,37
per März	—,—	—,—
per Mai	98,62	94,00
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,6[illegible]	6,62
per Januar	5,90	6,00
per März	6,0[illegible]	6,15
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,95	3,95
Mais kaum stetig,		
per Dezember	32,62	32,62
per Januar	—,—	—,—
per Mai	34,5	34,62
Kupfer	10,90	10,90
Zinn	14,[illegible]0	13,65
Getreidefracht nach Liverpool	3,50	3,50

Chicago, 22. Dezember.

	22.	21.
Weizen flau, per Dezember	98,37	100,00
per Januar	93,50	94,25
Mais kaum stetig, p. Dezmbr.	26,25	26,37
Pork per Dezember	7,65	7,60
Speck short clear	4,87½	4,75

Wasserstand.

* **Stettin**, 23. Dezember. Im Revier 5,57 Meter = 17′ 9″.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 23. Dezember. Dem „L.-A." wird aus Petersburg telegraphirt, sämtlichen dortigen Zeitungen und Journalen sei ein Befehl der Regierung zugegangen, in der deutsch-chinesischen Angelegenheit jegliche sarkastische Artikel und Aeußerungen zu unterlassen. Es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß die Beziehungen Rußlands zu Deutschland freundschaftlichster Natur seien.

— Aus Anlaß des Todes der Fürstin Hohenlohe sind dem Reichskanzler von sämtlichen deutschen Fürsten und von auswärtigen Souveränen, z. B. vom Zaren, dem Kaiser von Oesterreich, der Königin von England, ferner von leitenden Staatsmännern des Auslandes, sowie vom Fürsten Bismarck Beileidstelegramme zugegangen.

Wien, 23. Dezember. Die gestern hier verbreiteten Gerüchte von einem angeblich bevorstehenden Erlaß eines neuen Sprachengesetzes werden von der parlamentarischen Kommission des Czechenklubs als unbegründet bezeichnet.

Paris, 23. Dezember. Ein Drahtbericht aus Konstantinopel meldete, daß der Kreuzer „Bancroft", mit dem amerikanischen Admiral an Bord, in der Nacht am 14. Dezember, im Augenblick als er in den Hafen von Smyrna einlaufen wollte, mit einem Kugelregen empfangen wurde. Die Offiziere des Hafens sind jetzt mit Arrest bestraft worden.

Madrid, 23. Dezember. Nach einem Bericht des „Newyork Herald" ist der Oberst Ruiz von den Aufständischen nicht erschossen, sondern erhängt worden. Durch diese Nachricht ist die Empörung gegen die Aufständischen noch gewachsen.

London, 23. Dezember. Aus Yokohama wird gemeldet, daß die gestern zusammengetretene zweite Kammer ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung annehmen werde.

London, 23. Dezember. Offiziös wird das Gerücht, Frankreich habe gegen die eventuelle englische Okkupation Chusans Einspruch erhoben, bestritten.

Die polizeigerichtliche Verhandlung gegen den angeblichen Zaren-Attentäter Burzew und dessen Komplizen Wierbicki wurde behufs Stellung eines Vertheidigers für den Letzteren neuerdings vertagt. Während der Verhandlung stellte es sich heraus, daß die russische Regierung wiederholt den Versuch gemacht hatte, Burzew auf ein russisches Kriegsschiff zu locken, ihn zu verhaften und nach Rußland zu transportiren.

Newyork, 23. Dezember. Den 20 000 Kattunarbeitern von Manchester ist eine zehnprozentige Lohnverminderung angekündigt worden.